

Ein Jahr Regierung Helmut Kohl: Es geht wieder aufwärts

Wortlaut des Briefes von Generalsekretär
Heiner Geißler an die Partei

Bonn, 5. Dezember 1983

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Parteifreunde,
am 15. November 1982 habe ich Ihnen geschrieben und Ihnen 10 Gründe genannt,
warum die Bürger der Bundesrepublik Deutschland die Union und Helmut Kohl wählen sollten. Damals war Helmut Kohl sechs Wochen im Amt.

Heute, ein Jahr später, wende ich mich wieder an Sie, um Ihnen eine **erste Zwischenbilanz unserer Regierungstätigkeit** zu geben. Sie kann sich sehen lassen, obwohl jedermann weiß, daß wir in 12 Monaten nicht alles in Ordnung bringen konnten, was die anderen in 12 Jahren angerichtet haben. Kritik aus den Medien oder aus den Gewerkschaften kann nichts daran ändern, daß sich die Wirtschaftslage in den letzten Monaten entscheidend verbessert hat und die Bürger dies auch anerkennen.

Nach der neuesten Infratestumfrage sind **75 Prozent der Bevölkerung überzeugt, daß die Wirtschaftslage im nächsten Jahr entweder noch besser wird (24 Prozent) oder zumindest gleich günstig bleibt (49 Prozent).**

Bei den wichtigsten wirtschaftspolitischen Aufgaben trauen die Bürger der Bundesregierung mehr zu als der SPD. So sehen die Bürger die Kompetenzen:

Bei der Arbeitsplatzsicherung:

Bundesregierung 49 Prozent, SPD 27 Prozent,

bei der Erhaltung der Preisstabilität:

Bundesregierung 53 Prozent, SPD 21 Prozent,

bei der Verringerung der Staatsverschuldung:

Bundesregierung 63 Prozent, SPD 12 Prozent,

bei der Förderung der Investitionskraft:

Bundesregierung 78 Prozent, SPD 13 Prozent.

Diese positive Einschätzung der wirtschaftlichen Situation in der Bevölkerung wird auch von unabhängigen Fachleuten bestätigt. Dies sind die Fakten:

Der „**Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung**“ (die „**fünf Weisen**“) stellt in seinem soeben veröffentlichten Jahressgutachten 1983/84 fest: „**Auch für 1984 stehen die Zeichen günstig.**“ Der Sachverständigenrat erwartet, daß die wirtschaftliche Entwicklung im kommenden Jahr weiter aufwärtsgerichtet bleibt.

Die Deutsche Bundesbank“ bestätigt dies in ihrem Oktoberbericht: „Die finanzielle Basis für einen dauerhaften, im wesentlichen von Investitionen getragenen Aufschwung ist heute besser als seit langem.“

Die **fünf wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute** sagen in ihrem Herbstgutachten: „Die deutliche Zunahme der Gewinne und die optimistischere Beurteilung der Absatzaussichten durch die Unternehmen sprechen für den Fortgang der Belebung im kommenden Jahr.“

Erinnern wir uns: Noch vor einem Jahr steckte die deutsche Wirtschaft in den **roten Zahlen**. Das Bruttonsozialprodukt ging 1981 um 0,3 Prozent und 1982 um 1,2 Prozent zurück. Mit einem Wort: die „Roten“ hatten uns in die roten Zahlen gebracht.

Schon nach einem Jahr **Bundesregierung Helmut Kohl** schreiben wir wieder **schwarze Zahlen**. 1983 wird das Bruttonsozialprodukt um 1 Prozent real zunehmen, 1984 um 2,5 bis 3 Prozent, wie die „fünf Weisen“ voraussagen.

Viele Mitbürger wurden in den letzten Jahren durch eine **hohe Inflation** um einen Teil ihrer Ersparnisse gebracht: Heute ist der Anstieg der Verbraucherpreise von 5,6 Prozent vor 15 Monaten auf 2,6 Prozent zurückgegangen, also um mehr als die Hälfte. Stabiler Preise steigern die Absatzchancen für deutsche Produkte im In- und Ausland und sichern damit Arbeitsplätze. Sie sind eine Voraussetzung dafür, daß auch die Zinsen weiter sinken.

Die solide und sparsame Haushaltspolitik der Bundesregierung hat sich also gelohnt. Ich will Ihnen dafür noch einige Beispiele nennen:

■ **In der Industrie steigen Aufträge und Investitionen.** Im Vergleich zum Vorjahr zeigt die Auftragseingangsstatistik in allen Bereichen zum Teil kräftige Zuwachsraten. In der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie waren die Aufträge im September um 14,2 Prozent höher als im gleichen Monat des Vorjahrs. Die Investitionsgüterhersteller melden einen Zuwachs von 6,2 Prozent, die Konsumgüterproduzenten eine Steigerung von 5,3 Prozent. Für die Industrie insgesamt beträgt der Zuwachs der Auftrags eingänge 8,3 Prozent.

■ **Das wohnungsbaupolitische Sofortprogramm und die Verbesserung des Mietrechts haben dem Wohnungsbau neue Impulse gegeben.** Dies bestätigt der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes Geiger: „Der Abschwungtrend ist endlich durchbrochen. Für den Wohnungsbau haben die Sparkassen im ersten Halbjahr mit 10 Milliarden DM die höchste Halbjahressumme seit der Währungsreform zur Verfügung gestellt. Die Chancen für die Fortsetzung der konjunkturellen Erholung stehen gut. Diese Auffassung teilt der Sachverständigenrat in seinem Jahresgutachten 1983/84: „Die Bauinvestitionen... werden im Jahre 1984 kräftig zunehmen.“ Der Sachverständigenrat erwartet eine Zuwachsrate von sieben Prozent.

Die Zahlen belegen die Aufwärtsentwicklung im Wohnungsbau: Im August 1983 wurden 38089 Wohnungen neu zum Bau genehmigt. Dies waren 31,4 Prozent mehr als im Vergleichsmonat des Vorjahrs. Insgesamt lag die Zahl der neu genehmigten Wohnungen in den ersten acht Monaten des Jahres 1983 bei 280532 gegenüber 224809 im Vergleichszeitraum des Vorjahres (+24,8 Prozent).

Bei den Einfamilienhäusern lag der Anstieg im August 1983 gegenüber dem August 1982 bei 37,5 Prozent. Die Zahl der neu zum Bau genehmigten Wohnungen in Zweifamilienhäusern stieg um 21,8 Prozent.

milienhäusern stieg um 25,7 Prozent, die Zahl der Wohnungen in Mehrfamilienhäusern um 33,3 Prozent.

■ **Besonders im Mittelstand zeigt das Konjunkturbarometer nach oben.** Das Handwerk meldet für das erste Halbjahr 1983 ein nominales Umsatzwachstum von 6,8 Prozent (real 3 Prozent). Bis August 1983 wurden 13 Prozent mehr Personen- und Kombiwagen gekauft. Die Lastenausgleichsbank meldet eine Welle von Existenzgründungen. Dieses bundeseigene Institut bewilligte in den ersten neun Monaten 1983 1,05 Milliarden Mark für die Gründung neuer Existenzen. Das ist eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 76 Prozent.

Auch auf dem Arbeitsmarkt gibt es spürbare Auswirkungen der Konjunkturbelebung: Während im September und Oktober 1982 die Arbeitslosigkeit saisonbereinigt um 150 000 anstieg, ging sie im September und Oktober 1983 saisonbereinigt um 30 000 zurück. Die Zahl der Kurzarbeiter ist von Oktober 1982 bis Oktober 1983 von 828 000 auf 548 000, also um 33 Prozent, zurückgegangen.

Trotz dieser günstigeren Entwicklung der Arbeitslosenzahlen wissen wir, daß noch viel getan werden muß, um die Arbeitslosigkeit abzubauen. **Die Bundesregierung bereitet mehrere Gesetzentwürfe vor, um das Angebot an Beschäftigungsmöglichkeiten zu verbessern:**

■ **Sie hat ein Konzept zur Vorrustandsregelung beschlossen.** Angesichts der bis 1987 noch weiter steigenden und dann erst langsam abnehmenden Zahl von Arbeitsuchenden soll im Rahmen dieses Konzepts ab 1984 eine auf fünf Jahre befristete Sonderregelung den Tarifpartnern ermöglichen, für ältere Arbeitnehmer eine Vorrustandsregelung zu vereinbaren. Danach zahlt der Arbeitgeber aufgrund eines Tarifvertrages oder einer Einzelvereinbarung die Vorrustandsleistung an freiwillig ausscheidende ältere Arbeitnehmer. Die dadurch freigemachten Arbeitsplätze sollen von gemeldeten Arbeitslosen oder arbeitsuchenden Jugendlichen besetzt werden.

Darüber hinaus erhalten die Tarifpartner einen erweiterten tarifpolitischen Gestaltungsrahmen. In diesem Sinne ist das Vorhaben auch ein **Angebot zu einem Beschäftigungspakt zwischen Staat und Tarifvertragsparteien**. Diese Regelung, die bis Ende 1988 befristet wird, kann in allen Tarifbereichen praktiziert werden. Fünf Gewerkschaften — Nahrung — Genuß — Gaststätten, Bau — Steine — Erden, Chemie — Papier — Keramik, Textil, Bergbau — haben sich für eine Vorrustandsregelung ausgesprochen.

■ **Wir wollen die Arbeitnehmer stärker am Produktivkapital der Unternehmen beteiligen.** Dafür stellt die Bundesregierung 500 Millionen Mark zur Verfügung. Damit wird auch die Kapitalbasis der Unternehmen verbessert. Bestehende Arbeitsplätze werden dadurch gesichert, neue geschaffen.

■ **Die CDU-geführten Länder haben über den Bundesrat einen Gesetzentwurf zur Schaffung von mehr Teilzeitarbeitsplätzen auch im öffentlichen Dienst eingebracht.** Unter anderem ist vorgesehen, daß Beamte sich bis zur Höchstdauer von 10 Jahren beurlauben lassen können. Das ist zum Beispiel für Beamten mit Kindern ein attraktives Angebot.

Vollbeschäftigung ist aber nicht nur eine Frage der Konjunkturpolitik, sondern auch eine **Frage der Strukturpolitik**. Wir müssen international wettbewerbsfähig bleiben. Die deutsche Wirtschaft kann auf vielen Märkten, besonders in der Elektronik, nicht mehr

mithalten. Den Weltmarkt für Halbleiter teilten sich 1982 die Amerikaner mit einem Anteil von 67 Prozent und die Japaner mit einem Anteil von 30 Prozent.

Für ein exportabhängiges Industrieland wie die Bundesrepublik Deutschland ist es langfristig tödlich, wenn wir in der technologischen Entwicklung zweitklassig werden. **Wir müssen in der Forschung und Innovation, in den Zukunftstechnologien — beispielsweise in der Mikroelektronik und in der Kommunikations- und Informationstechnik — wieder zu Spitzenleistungen kommen.** Sonst verlieren wir endgültig den Anschluß an die weltweit führenden Industrieländer Japan und Amerika — mit allen verheerenden Folgen für den Arbeitsmarkt.

Bei der Anwendung neuer Technologien werden nicht nur Arbeitsplätze entbehrlich, es entstehen auch neue Arbeitsplätze; Beispiele aus der Vergangenheit zeigen dies. Von einer Rationalisierungswelle wurde gesprochen, als die alte Druckmaschine mit Bleisatz durch den Lichtsatz ersetzt wurde. Und wie hat sich diese Beschäftigung entwickelt? 1970 gab es im Druckbereich 170000 Arbeitsplätze. Heute sind hier über 200000 Arbeitnehmer beschäftigt, also fast 20 Prozent mehr. Richtig eingesetzt kann die Technik wesentlich zur Erleichterung der Arbeit beitragen. Gefährliche Arbeiten, Arbeiten an Hochöfen, teilweise unter unmenschlichen Arbeitsbedingungen, können zum Beispiel von Robotern verrichtet werden.

Nach langen Jahren sozialdemokratischer Bremspolitik **baut die Bundespost ein modernes Informations- und Kommunikationsnetz auf.**

Dafür investiert sie 20 bis 30 Milliarden Mark. Jährlich werden ein bis zwei Milliarden Mark bereitgestellt — Milliarden, die Arbeitsplätze sichern und neue schaffen — Milliarden, die der deutschen Wirtschaft neue Märkte und zusätzliche Absatzchancen ermöglichen.

Einsparungen waren notwendig, um die finanziellen Fundamente unseres Sozialstaates zu sichern. Dieses Ziel haben wir mit den Sanierungsbeschlüssen zum Bundeshaushalt 1983 und 1984 erreicht. Insgesamt werden die öffentlichen Haushalte 1983 und 1984 um knapp 30 Milliarden Mark jährlich entlastet.

Die beginnende konjunkturelle Aufwärtsbewegung bei gleichzeitig verminderter Wachstum der Staatsausgaben und abnehmenden Haushaltsdefiziten ist ein unübersehbarer Erfolg des finanzpolitischen Konsolidierungskonzeptes der Bundesregierung. Es zeigt sich, daß die Verringerung des Ausgabenanstiegs der Konjunktur nicht schadet, sondern den Prozeß der wirtschaftlichen Erholung nachhaltig unterstützt. Durch eine geringere Verschuldung des Staates entsteht auf den Kreditmärkten mehr Spielraum für die nun zunehmende private Kreditnachfrage.

Auch dazu nenne ich Ihnen **einige Fakten:** Von Januar bis Oktober 1983 sind die **Ausgaben des Bundes** mit 2,1 Prozent weniger stark gestiegen, als erwartet. Dagegen wuchsen die Einnahmen mit 3,8 Prozent stärker, als zunächst geschätzt. Das spiegelt die Verbesserung der Wirtschaftslage in diesem Jahr wider. **Während die Bundesregierung vor einem Jahr mit einem Haushaltsdefizit von 55 Milliarden Mark rechnen mußte, wird die Neuverschuldung für 1984 auf 34 Milliarden Mark absinken.** Zum ersten Mal seit vier Jahren entspricht damit der Haushalt wieder der Verfassung, da die Neuverschuldung niedriger liegt als die Investitionsausgaben des Bundes.

Alle Wirtschaftsdaten sprechen dafür, daß sich dieser positive Trend auch 1984 fortsetzen wird. Damit ist ein weiterer wichtiger Schritt auf dem langen Weg zur dauerhaften Haushaltksolidierung getan.

Die Neugestaltung des Lohn- und Einkommensteuertariffs ist eine der wichtigsten, aber auch eine der schwierigsten Aufgaben der nächsten Zeit. Während im Jahr 1969 ein Arbeitnehmer von jeder zusätzlich verdienten Mark nur rund 30 Pfennige Lohnsteuer und Sozialabgaben abführen mußte, sind es heute rund 60 Pfennige. Um die Leistungsbereitschaft wieder zu erhöhen, werden wir die Bürger steuerlich entlasten und dabei besonders die Lage der Familien mit Kindern berücksichtigen. **Wer Kinder hat, soll weniger Steuern bezahlen als der, der keine Kinder hat.** Dies muß auch für die Alleinerziehenden gelten.

Für die CDU steht die Familie im Mittelpunkt ihrer Politik. Die Familie ist die wichtigste Gemeinschaft in unserer Gesellschaft, sie ist die Grundlage einer freien und gerechten Gesellschaft. Deshalb haben wir der Förderung und der Stärkung der Familie besonderes Gewicht gegeben:

— Ende Juni 1983 hat die Bundesregierung beschlossen, die Erziehung eines Kindes bis zum fünften Lebensjahr bereits jetzt bei der Bemessung der Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrente zu berücksichtigen.

— Die Wartezeit beim Altersruhegeld wurde von 15 auf fünf Jahre verkürzt; in der Zukunft können also Frauen und Männer schon dann ein Altersruhegeld erhalten, wenn sie fünf Jahre Pflichtbeiträge in der Rentenversicherung entrichtet haben. Diese Maßnahme kommt vor allem Frauen zugute.

— Seit Anfang des Jahres gelten für Familien mit Kindern bestimmte steuerliche Verbesserungen. Der Freibetrag für Kinderbetreuung ist durch einen allgemeinen Kinderfreibetrag ersetzt worden. Er beträgt für jedes Kind 432 Mark im Jahr.

— Die Bundesregierung hat zum 1. Januar 1983 die Kindergeldregelung gerechter gestaltet und Einkommensgrenzen eingeführt. Die Besserverdienenden erhalten weniger Kindergeld. Allen einkommensschwächeren Familien ist das Kindergeld in voller Höhe geblieben.

— Am 1. Juli nächsten Jahres wird die Bundesregierung eine **Bundesstiftung „Mutter und Kind zum Schutz des ungeborenen Lebens“** errichten. Ziel dieser Bundesstiftung ist es, schwangeren Frauen in Konfliktsituationen schnell und unbürokratisch zu helfen und ihnen die Fortsetzung der Schwangerschaft zu ermöglichen, soweit soziale Nöte und die Konfliktsituation verursacht haben. Der Bund wird für die Aufgaben der Stiftung im Haushaltsjahr 1984 25 Millionen Mark und ab 1985 fortlaufend jährlich 50 Millionen Mark bereitstellen.

Finanzielle Schwierigkeiten dürfen in einem Land mit einem Bruttosozialprodukt von über 1,5 Billionen Mark kein Grund für Abtreibungen sein. **Die Geburt eines Kindes darf nicht am fehlenden Geld scheitern.** Es gehört zu einer Gesellschaft der Mitmenschlichkeit, die schwächste Form des menschlichen Lebens — das ungeborene Leben — besonders zu schützen. Mit der Bundesstiftung „Mutter und Kind zum Schutz des ungeborenen Lebens“ wird die Hilfe für schwangere Frauen in Konfliktsituationen verbessert. Die jetzt schon beschlossenen Maßnahmen zugunsten der Familien sind die erste Stufe eines weitergehenden Programms zur Verbesserung des Familienlastenausgleichs und zum Schutz des ungeborenen Lebens!

— Das Kabinett hat festgelegt, daß spätestens **ab 1. Januar 1987** das **Mutterschaftsgeld an alle Frauen** gezahlt werden soll. Damit wird das von der SPD geschaffene Zweiklassenrecht für Frauen beseitigt, das selbständige Frauen, Bäuerinnen, Handwerkerfrauen, aber zum Beispiel auch Arbeiterinnen, die bei ihrem ersten Kind zu Hause blieben und dann ein zweites Kind bekamen, vom Mutterschaftsgeld ausschloß.

— Darüber hinaus wird die Bundesregierung ein **Erziehungsgeld** einführen, sobald die Finanzlage dies zuläßt. Die Tätigkeit in der Familie und für die Kinder ist der Erwerbstätigkeit gleichwertig. Sobald die Finanzlage dies zuläßt, wird deshalb nicht nur ein Erziehungsgeld für Mütter oder Väter eingeführt werden, sondern auch die **Anerkennung von Erziehungsjahren in der Rentenversicherung** für den Elternteil, der sich der Erziehung seiner Kinder widmet.

Die Regierung Helmut Kohl hat die Renten gesichert. Bei ihrer Amtsübernahme hat sie nicht verschwiegen, daß nur mit einer solidarischen Anstrengung aller die großen Schwierigkeiten überwunden werden können, die leere Staats- und Rentenkassen mit sich gebracht haben.

1969 verfügte die Rentenversicherung noch über acht Monatsausgaben als Rücklage. Bei der Regierungsübernahme mußten wir feststellen, daß diese Rücklagen nahezu aufgebraucht waren. Der Rentenversicherung drohte die Zahlungsunfähigkeit.

Entschlossenes Handeln war nötig. Durch **Einsparungen und durch die Beseitigung von versicherungsfremder Leistung wurden die Rentenfinanzen wieder konsolidiert.** Heute sind die Renten wieder sicher. Sie sind zum 1. Juli 1983 erhöht worden. Sie werden auch zum 1. Juli 1984 erhöht werden.

Welches sind die Ergebnisse in den anderen Bereichen der Politik der Bundesregierung? Ich will hier nur die wichtigsten erwähnen.

— Weniger Staat, mehr Freiraum für den Bürger — war schon immer unser Ziel. Die **Veba** wurde in Höhe von etwa 700 Millionen Mark privatisiert.

Es wird ein **Baugesetzbuch** geschaffen, das die Hälfte der bisherigen Bauvorschriften beseitigt. Dadurch kann schneller und billiger gebaut werden.

Die Beseitigung **ausbildungshemmender Vorschriften** war ein wichtiger Beitrag im Kampf gegen die bedrückende Jugendarbeitslosigkeit.

— Durch den persönlichen Einsatz von Bundeskanzler Helmut Kohl sind in Industrie, Wirtschaft und Handel über 40 000 Ausbildungsverträge mehr als im Vorjahr abgeschlossen worden. Die zu Jahresanfang gegebene Zusage für zusätzliche 30 000 Ausbildungsplätze ist heute nicht nur voll erfüllt, sondern sogar übertrroffen worden.

— Im Jahre 1978 hatte das Bundesverfassungsgericht das **sogenannte Postkartengesetz für verfassungswidrig** erklärt, demzufolge sich jeder Wehrpflichtige per Post von der allgemeinen Wehrpflicht abmelden konnte. Die Regierung Helmut Schmidt war nicht in der Lage gewesen, in vier Jahren eine verfassungsgerechte Neuregelung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung zu schaffen. Die Bundesregierung hat innerhalb weniger Wochen durch ein **neues Zivildienstgesetz** sichergestellt, daß die fragwürdige „Gewissensprüfung“ abgeschafft und eine Gleichbehandlung von Zivildienstleistenden und Wehrdienstleistenden erreicht wird.

— Die Bundesregierung hat bereits wenige Monate nach der Regierungsübernahme

die „Großfeuerungsanlagen-Verordnung“ verabschiedet, wodurch der Ausstoß von Schwefeldioxid um ein Drittel verringert wird. Ebenfalls wurde die „Technische Anleitung Luft“ verabschiedet — zwei wichtige Umweltschutzverordnungen, die bei der Regierung Schmidt jahrelang auf die lange Bank geschoben worden waren. Die **Einführung bleifreien Benzins** ab 1. Januar 1986 verringert die Schadstoffe in den Autoabgasen um bis zu 90 Prozent. Mit diesen Regelungen sind wir führend in Europa im Kampf gegen Luftverschmutzung und Waldsterben.

— Jahrelang hat die SPD die längst überfällige **Reform des Jugendschutzgesetzes** ver säumt. CDU/CSU und FDP haben jetzt ein Gesetz zur Reform des Jugendschutzes und des Strafrechts eingebracht. Videofilme werden in Zukunft in den Jugendschutz einbezogen, grausame und unmenschliche Gewalt- und Horrorfilme dürfen nicht mehr hergestellt und in den Verkehr gebracht und sogenannte Killerautomaten Jugendlichen nicht mehr zugänglich gemacht werden.

— Wir haben eine **Kostendämpfung im Gesundheitswesen** erreicht. Bereits in diesem Jahr konnten über 540 Krankenkassen ihre Beitragssätze senken. Dadurch werden die Versicherten und die Wirtschaft um rund eine Milliarde Mark entlastet. Weitere Beitragssenkungen sind für 1984 angekündigt.

— Die Regierung Helmut Kohl hat ein Gesetz zur **Förderung der freiwilligen Rückkehr ausländischer Arbeitnehmer** verabschiedet, um Rückkehrhemmnisse abbauen und gezielte Hilfen aus selbsterworbenen Ansprüchen der Ausländer geben zu können.

Liebe Freunde,

das war eine gedrängte und nicht einmal vollständige Zusammenfassung der Arbeit im ersten Jahr der Regierung Helmut Kohl. Sie werden mir sicher recht geben, wenn ich am Anfang meines Briefes gesagt habe, daß sich diese Arbeit sehen lassen kann.

In die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland wird aber die Entscheidung der Bundesregierung eingehen, am NATO-Doppelbeschuß festzuhalten. Dadurch wurde die westliche Allianz erhalten und gefestigt.

Ich möchte Ihnen an dieser Stelle herzlich dafür danken, daß Sie durch unsere **Aktion der „10000 Friedenstage“** die Bundesregierung in überzeugender Weise unterstützt und in der Öffentlichkeit ein positives Zeichen des Dialogs und der Diskussion gegenüber den Massenaufmärschen der Protestbewegung gesetzt haben.

Bei dieser Diskussion ging es nicht in erster Linie um die Anzahl von Raketen. Es ging darum, ob wir auch weiterhin in Frieden und Freiheit leben können, ob wir unser politisches Schicksal selbst bestimmen oder ob wir von der Sowjetunion abhängig werden. **Die SPD hat in dieser historischen Situation versagt.** Auf ihrem Parteitag in Köln vor wenigen Wochen hat sie nein gesagt zum NATO-Doppelbeschuß. Mit diesem Wortbruch gegenüber unserem westlichen Verbündeten ist die SPD aus der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der demokratischen Parteien in unserem Lande ausgestiegen. Sie hat sich auch von den anderen Mitgliedsstaaten der NATO und selbst von den regierenden Sozialisten in Frankreich und in Italien isoliert. Die frühere Regierung Helmut Schmidt war nicht nur innenpolitisch, sondern auch außenpolitisch am Ende. Eine Fortsetzung dieser Politik hätte die Bundesrepublik Deutschland international handlungsunfähig gemacht. **Die Bundesregierung Helmut Kohl hat wieder Klarheit geschaffen.** Sie hat die deutsch-amerikanischen Beziehungen aus dem Zwielicht

befreit, in das sie durch die anti-amerikanischen Strömungen in weiten Kreisen der SPD geraten war. Heute stehen wir wieder fest an der Seite der westlichen Demokratien. Wir sind politisch nicht erpreßbar. Die Sowjetunion wird sich darauf einstellen. Sie weiß, daß Abrüstung für uns nicht nur ein Thema des Jahres 1983 ist. Deshalb werden die Gespräche zwischen Ost und West weitergehen.

Die Regierung Helmut Kohl hat auch der Deutschlandpolitik einen neuen Stellenwert gegeben. Wir machen uns keine Illusionen über den Charakter des politischen Systems in der DDR. Wir wissen, der politische Handlungsspielraum der DDR-Regierung wird in Moskau festgesetzt. Spektakuläre Erfolge dürfen deshalb nicht erwartet werden. Aber wir müssen unseren Spielraum nutzen. **Wir müssen Millionen Brücken bauen zwischen den Menschen in Deutschland.** Erste, für die Menschen spürbare Erleichterungen sind erreicht worden.

Das Jahr 1983 war für die Bundesregierung Helmut Kohl ein erfolgreiches Jahr. Es hat den Bürgern unseres Landes wieder wirtschaftliches Wachstum gebracht und den inneren und äußeren Frieden gesichert. Unsere Aussichten sind auch für 1984 günstig. Wir können deshalb mit Zuversicht ins neue Jahr gehen. Mit meinem Dank für Ihre Arbeit und meinen besten Wünschen für das neue Jahr verbinde ich die herzliche Bitte, in Ihrer politischen Arbeit die Zuversicht und das Vertrauen der Bürger in die Bundesregierung Helmut Kohl weiter zu stärken.

Mit freundlichen Grüßen

Heiner Geißler

Dr. Heiner Geißler, MdB
Generalsekretär der Christlich Demokratischen Union